

Christoph Becker-Schaum
**Das Archiv Grünes Gedächtnis der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

1. Die Heinrich-Böll-Stiftung

Die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahestehende Politische Stiftung trägt den Namen des Schriftstellers Heinrich Böll. Seine Person verkörpert die seltene Einheit von politischer Wachheit, künstlerischer Kreativität und moralischer Integrität, die auch für kommende Generationen vorbildlich bleibt. Zivilcourage, Ermutigung zur Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten und das unbedingte Eintreten für die Würde und die Rechte des Menschen, diesem Vermächtnis fühlt sich die Stiftung verpflichtet.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist Teil der „grünen“ politischen Grundströmung und engagiert sich für die gemeinsamen Grundwerte Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit, Frieden und Gewaltfreiheit. Die Heinrich-Böll-Stiftung betrachtet ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur, in der kulturelle und ethnische Minderheiten Anspruch auf Gleichberechtigung haben. Sie legt besonderen Nachdruck auf die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und auf die soziale und politische Partizipation von Einwanderern in Deutschland.

Die Heinrich-Böll-Stiftung handelt gegenüber der Partei Bündnis 90/Die Grünen unabhängig und eigenverantwortlich. Die Eigenständigkeit der Stiftung ist rechtlich, finanziell, personell und inhaltlich. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine föderale Bundesstiftung mit Sitz in Berlin. Die 16 Landesstiftungen arbeiten in rechtlicher Unabhängigkeit. Bundesstiftung und Landesstiftungen praktizieren ein produktives Miteinander. Die Arbeitsbereiche der Stiftung sind die internationale Entwicklungszusammenarbeit, die politische Bildung und die Studienförderung. Ausführliche Jahresberichte können beim Referat Öffentlichkeitsarbeit bestellt oder von der Homepage der Stiftung heruntergeladen werden.

Im Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung heißt es: Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle

politischer Orientierung. Das Archiv Grünes Gedächtnis, das vorzugsweise dieser Aufgabe dient, ist Teil der Abteilung Politische Bildung. Es hat seit 2001 ein eigenes Gebäude in der Eldenaer Straße 35 im Berliner Stadtteil Friedrichshain.

2. Kurze Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Entstehung der Heinrich-Böll-Stiftung ist überaus ungewöhnlich, da sie nicht aus einer einheitlichen Initiative der Partei Die Grünen hervorgegangen ist. Ihre Anfänge liegen in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik und reichen in die 1970er und frühen 1980er Jahre zurück. In der Alternativ-, Frauen- und Umweltbewegung gab es vielerorts Zentren aller Art, alternative Tagungshäuser, unabhängige ökologische Forschungsinitiativen und Bürgerinitiativen, die im weitesten Sinne politische Bildung betrieben. Anfang der 1980er Jahre arbeiteten beispielsweise ca. 75 unabhängige ökologische Forschungsinitiativen, die für sich in Anspruch nahmen, ökologische Forschung und politische Bildung zu verbinden. In diesem bunten Spektrum war aber, und das ist die zweite Besonderheit, die Gründung einer politischen Ökologie-Stiftung ein politisches Tabu. Die bestehenden Politischen Stiftungen galten nämlich als ein Kanal illegitimer, wenn nicht illegaler, Parteienfinanzierung, den es auszutrocknen galt. Unter diesen Voraussetzungen war an die Gründung einer eigenen Politischen Stiftung nicht zu denken, andererseits hätten den Grünen jedoch seit ihrem Einzug in die ersten Landesparlamente theoretisch Mittel zur Förderung von Landesbildungswerken zugestanden. So kam es unterhalb des Niveaus einer Politischen Stiftung zur Gründung von ersten Landesbildungswerken. Als die Grünen 1983 in den Bundestag einziehen konnten, brachten sie die Frage der Finanzierung der Politischen Stiftungen vor das Bundesverfassungsgericht, dessen Entscheidung die Stiftungsfinanzierung teilweise neu regelte und damit den Weg zur Gründung einer den Grünen nahestehenden Politischen Stiftung eröffnete.

Wiederum war es nicht die Parteiführung, die ein Stiftungsmodell entwickelt und zur Entscheidung vorgelegt hätte, sondern es entstanden vier konkurrierende Modelle, die alle im grünnahen Umfeld, aber außerhalb der Partei beheimatet waren. Die vier Modelle sind das einer Föderation der Landesbildungswerke, das einer feministischen Stiftung, das von Frauen aus der Frauenbewegung getragen war, das einer Bewegungsstiftung mit

einem Unterstützerkreis aus den Spektren der Friedensinitiativen und der Solidaritätsbewegung mit den Völkern der Dritten Welt und die Initiative zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung, die kritische Intellektuelle, Künstler/innen und Wissenschaftler/innen vereinigte und an der auch maßgebliche Politiker/innen der Grünen beteiligt waren. Dem außerordentlichen Bundesparteitag am 19./20. September 1987 in Oldenburg gelang es aber nicht, mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit, die sich die Partei für die diese Abstimmung selbst auferlegt hatte, eine Entscheidung zugunsten eines der Modelle zu treffen. Der Parteitag wurde deshalb am 25. März 1988 in Ludwigshafen fortgesetzt und diesmal fanden die Delegierten mit großer Mehrheit zu einem Kompromiss: Unter dem Dach eines noch zu gründenden Stiftungsverbands Regenbogen sollten drei Einzelstiftungen, die Frauen-Anstiftung in Hamburg, die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln und das föderale Bildungswerk Buntstift mit Sitz in Göttingen gleichberechtigt und mit den gleichen Finanzmitteln ausgestattet die grüne Stiftung bilden. Der Stiftungsverband Regenbogen e.V. wurde am 26. Juli 1988 gegründet.

Ein Jahr später begann mit dem Protest gegen die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai und der Ausreisewelle im Sommer 1989 die Friedliche Revolution der DDR, die 1990 zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte. Das Scheitern der Grünen bei der nachfolgenden Bundestagswahl im Dezember 1990 an der Fünf-Prozent-Hürde brachte die Stiftung in eine prekäre Situation, auch wenn die acht bündnisgrünen Abgeordneten aus den neuen Bundesländern dem Stiftungsverband ihre Zustimmung nicht versagten. Die Kölner Heinrich-Böll-Stiftung richtete ein Büro in Leipzig ein und in den fünf neuen Bundesländern entstanden Bildungswerke, die in den Buntstift aufgenommen wurden. Aber an ein Weiter-So auf der Basis des 1988 in Ludwigshafen geschlossenen Kompromisses war nicht zu denken. Nachdem sich 1993 Bündnis 90 und Die Grünen zu Bündnis 90/Die Grünen zusammengeschlossen hatten und die neue Partei 1994 den Wiedereinzug in den Bundestag erreicht hatte, war auch der Zeitpunkt für eine Reform der bündnisgrünen Stiftung gekommen. Der Beschluss des Parteitags vom 1.-3. März 1996 in Mainz sah die Fusion der Einzelstiftungen zur neuen Heinrich-Böll-Stiftung als einer föderalen Bundesstiftung vor. Am 1. Juli 1997 nahm die neue Heinrich-Böll-Stiftung ihre Arbeit am neuen Sitz der Stiftung in den Hackeschen Höfen in Berlin auf.

20 Jahre nach der Gründung des Stiftungsverbands Regenbogen konnte die Stiftung im vergangenen Jahr in der Schumannstr. 8 in Berlin-Mitte ein

eigenes Haus für alle Mitarbeiter/innen der Stiftungszentrale beziehen – mit Ausnahme des Archivs. Es bietet Platz für ein Tagungszentrum, die Beletage, das es erlaubt, auch größere Kongresse im eigenen Haus durchzuführen. Der Neubau zeichnet sich durch eine ökologisch wegweisende Technik der Klimatisierung aus, ein Muss für eine „grüne“ Politische Stiftung. Besucher/innen des Hauses erinnern sich besonders gern des Treppenaufgangs zur Beletage, den ein raumgreifender grüner Teppichboden mit dem Bild einer Schafherde ziert. Die Einweihung des neuen Hauses fand am 25. September 2008 statt.

3. Die Gründung des Archivs Grünes Gedächtnis im Kontext von Partei und sozialen Bewegungen

Tatsächlich war es bereits das zweite Haus, das die Stiftung in Berlin ihr Eigen nennt. Bereits am 31. Januar 2002 konnte sie die Eröffnung des Archivs Grünes Gedächtnis in einem denkmalgeschützten ehemaligen Stallgebäude auf dem Gelände des Zentralen Schlacht- und Viehhofs von Berlin am Rande des Stadtteils Friedrichshain feiern. Bis dahin hatte das Archiv sein Domizil auf einem ehemaligen Bauernhof im Bornheimer Ortsteil Widdig vor den Toren der Stadt Bonn. Die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, die das Archiv 1991 eingerichtet hatte, hatte ihren Sitz im benachbarten Ortsteil Roisdorf, was die Lage des Archivs erklärt. Aber die Einrichtung des Archivs war nicht von langer Hand geplant gewesen. Der konkrete Anlass war vielmehr das bereits erwähnte, für die meisten unerwartete Scheitern der Grünen bei der Bundestagswahl 1990 gewesen. Nach der Bundestagswahl wurden ca. 800 Umzugskartons mit Akten der Bundestagsfraktion und aus Abgeordnetenbüros zuerst in einer Bonner Lagerhalle gesichert und zusammen mit den Altakten der Bundesgeschäftsstelle der Grünen hier aufgestellt, nachdem in der Scheune des erwähnten Bauernhofs eine Rollregalanlage mit einem Fassungsvermögen von 1.360 Regalmetern installiert worden war.

Die Trägerschaft dieses Archivs, das von seinen beiden ersten Beständen her ein Archiv der Bundestagsfraktion und des Bundesverbands der Grünen war, ging 1992 an den Stiftungsverband Regenbogen, der eine Arbeitsgruppe einrichtete, die die konzeptionelle Entwicklung des Archivs begleiten sollte. Der Stiftungsverband Regenbogen zeigte sich anfangs wenig geneigt, die Kapazitäten des Archivs den Landesverbänden und Landtags-

fraktionen der Grünen anzubieten, weshalb die hessischen und niedersächsischen Grünen ihre Altakten den Staatsarchiven in Wiesbaden und Hannover anboten. Einer der Gründe für die Zurückhaltung des Stiftungsverbands war, dass man vor der Bundestagswahl 1994 keine Verpflichtungen eingehen wollte, die man nachher nicht würde halten können. Daneben spielte das Unbehagen eine Rolle, dass das Grüne Archiv sich zu einem Parteiarchiv klassischen Typs entwickeln könnte. Das war mehrheitlich nicht gewünscht. Der Grundgedanke war, dass das Archiv, entsprechend der Metapher vom Standbein und dem Spielbein, ein Archiv der neuen sozialen Bewegungen und der Partei sein sollte. Letztlich hat das Argument, dass Archive ein Element der demokratischen Kontrolle von Parteien und Fraktionen sind, die Vorbehalte gedämpft.

Zum Entstehungskontext des Archivs gehören die früheren und gleichzeitigen Anläufe zur Archivierung, auf die im Folgenden einige Schlaglichter geworfen werden sollen. Die Idee eines Grünen-Archivs fußt zum einen auf grundsätzliche Erwägungen des verstorbenen Leiters der Dokumentationsstelle der Bundestagsfraktion Fritz Konrad Heering für ein Informationssystem, das, wie er in seiner Diplomarbeit schreibt, die politischen Prozesse in ihrer Vorgangs- und Entscheidungsbezogenheit transparent machen und die Funktion der Spurensicherung der eigenen Geschichte und die Etablierung eines Gedächtnisses erfüllen sollte.¹ „Projekt Grünes Gedächtnis“ lautet auch der Titel des Beratungsgesprächs, zu dem Fritz Konrad Heering und Robert Camp, der die Aktenbestände der Bundesgeschäftsstelle der Grünen geordnet hatte, alle an der Frage eines Grünen-Archivs Interessierten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, im Jahr 1988 eingeladen hatten. Reichte auch die Zeit für den hier angestoßenen Diskussionsprozess nicht aus, um vor der Bundestagswahl im Dezember 1990 zu einer Archivgründung zu kommen, so ist doch der Name erhalten geblieben.

Diese Diskussionsprozesse haben zehn Jahre nach der Gründung der Grünen stattgefunden. Sie konnten deshalb auf die Überlieferung der Anfänge der Grünen keinen Einfluss mehr haben. Die Anfänge der Grünen haben sich in den beiden Jahren vor der Gründung der Sonstigen Politischen Ver-

¹ Fritz Konrad Heering: Darstellung eines methodenorientierten Entwurfes eines Informationssystems vom Typ Literaturdokumentation für GRAUE LITERATUR. Planungsgrundlagen und Konzept für ein Informationssystem der Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG. Bonn/Frankfurt am Main. 1989, S. 142.

einigung Die Grünen am 16./17. März 1979 in Frankfurt am Main, also im Zeitraum vom Frühjahr 1977 bis zum Frühjahr 1979, herauskristallisiert. Sie wurden von Bewegungs- und Parteienforschern um Dr. Richard Stöss an der Freien Universität Berlin eng beobachtet, dokumentiert und ausgewertet. Das an der FU entstandene „Spezialarchiv Die Grünen“² versammelt deshalb neben den gesammelten Dokumenten eigene Protokolle von beobachteten Sitzungen und die Auswertung des Beobachteten. Das Archiv wurde bis Anfang der 1990er Jahre fortgeführt, ehe es ein paar Jahre später an das Grüne Gedächtnis übergeben wurde. Das bedeutet, dass bereits bevor 1991 das Grüne Gedächtnis aus der Taufe gehoben war, in Berlin ein Grünes Archiv existierte, an das in der Tat mehrere Politiker/innen der Grünen ihre Akten und Unterlagen abgegeben haben, zum Beispiel, um nur einige zu nennen, die Bundestagsabgeordnete Erika Trenz, das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Albert Statz und aus Baden-Württemberg Christine Muscheler-Frohne, die von 1981 bis 1984 dem Landesvorstand angehört hat.

Noch weiter zurück reicht die Archivierungstätigkeit einzelner Bewegungsarchive. So geht das Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld auf eine Archivgruppe in der Evangelischen Studentengemeinde in der Mitte der 1970er Jahre zurück.³ Es entfaltete seine größte Aktivität in den Jahren zwischen 1977 und 1980, als der Protest an den Atomstandorten Brokdorf, Kalkar, Grohnde und Gorleben seinen Höhepunkt hatte. Auch diesem Archiv wurden später andere Bestände hinzugefügt, die dann zusammen in das Grüne Gedächtnis gelangt sind.

Die faktische Archivgründung wurde nach der Deutschen Einheit vollzogen. Aufgrund der durch die Bundestagswahl im Dezember 1990 eingetretenen Unsicherheit konnte die aktive Erwerbspolitik des Archivs erst nach der Bundestagswahl 1994 beginnen, als sich Bündnis 90 und Die Grünen bereits zu der neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen zusammengeschlossen hatten. Die Bürgerbewegungen besaßen in den Archiven der Robert-Havemann-Gesellschaft eigene Archive und viele Protagonisten der Jahre 1989/1990, auch führende Politiker/innen von Bündnis 90/Die Grünen, haben ihre persönlichen Unterlagen an das Robert-Havemann-Archiv abgege-

² Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand G.01 – Spezialarchiv Die Grünen der Freien Universität Berlin.

³ Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand E.04 – Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld.

ben, während andere, vor allem wenn ihre Mandatsperioden über die Fusion von Bündnis 90 und den Grünen hinausreichten, ihre Unterlagen dem Grünen Gedächtnis anvertraut haben. Insbesondere sind institutionelle Bestände, zum Beispiel die Akten des Landesverbands Brandenburg und die der Landtagsfraktionen in Sachsen und Sachsen-Anhalt, aber auch die Akten der Geschäftsstelle von Demokratie Jetzt ins Grünes-Archiv gelangt. Alle diese Abgaben sind im Einzelnen nachvollziehbar, aber nach außen undurchsichtig. Das muss man so akzeptieren. Die Quellen zur Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen liegen ohnehin in mehr als zwei Archiven.

4. Sammlungsprofil und Überlieferungsschwerpunkte des Grünen Gedächtnisses

Das Archiv Grünes Gedächtnis archiviert in erster Linie Akten und andere Unterlagen im weitesten Sinne der Partei Bündnis 90/Die Grünen, ihrer Vorstände und Arbeitsgemeinschaften, Gliederungen und Fraktionen im Europäischen Parlament, im Bundestag und in den Landtagen. Archiviert werden ferner Akten und andere Unterlagen von Initiativen, Vereinen und Verbänden im Umfeld der Grünen, der Bürgerbewegungen der DDR und aus dem Spektrum der Umweltbewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der internationalen Solidaritätsbewegung seit der Studentenbewegung, soweit diese eine überregionale Bedeutung erlangt haben. Die Archivierung erstreckt sich dabei nicht nur auf die Tätigkeit von Vorständen und Geschäftsstellen, sondern nicht zuletzt auch auf die persönlichen Unterlagen von einzelnen Politiker/innen und anderen Aktiven in diesem Spektrum.

Unterlagen im weitesten Sinne meint, dass sich die Archivierung nicht nur auf die Aktenführungen in den Geschäftsstellen und auf private Aktenordner bezieht, sondern auf sämtliche Medien, die in der politischen Auseinandersetzung seitens der Grünen Verwendung finden. Das sind Plakate, Flugblätter, Aufkleber, Buttons und Transparente und vor allem eine Fülle von Publikationen, von denen schon immer nur ein geringer Teil eigentliche Verlagspublikationen waren und aktuell Internet-gestützte Publikationen eine immer größer werdende Bedeutung erlangen. Der Adressatenkreis der Publikationen ist denkbar verschieden. Während die einen, wie zum Beispiel zahlreiche Rundbriefe, der parteiinternen Kommunikation dienen, suchen andere in Wahlkämpfen die breiteste Öffentlichkeit zu erreichen. Wei-

tere Medien sind Fotografien, Ton- und Videomitschnitte von Veranstaltungen, Kino-, Rundfunk- und Fernsehspots für Wahlkämpfe, auch Windrädchen und andere Gegenstände, mit denen die Grünen im Wahlkampf auf sich aufmerksam machen. Archiviert werden auch die Internetauftritte der Partei, ihrer Fraktionen und Gliederungen sowie – zumindest perspektivisch – deren Intranets und Dateiablagen auf den Rechnern der Geschäftsstellen, wie überhaupt festgestellt werden muss, dass in Zeiten der elektronischen Datenverarbeitung und des Internets die Papierablage längst nicht mehr das Maß ist, an dem sich eine gelungene Archivierung misst.

Die kommunale Ebene grüner Politik ist bislang aus guten Gründen nicht genannt. Der Grundgedanke dabei ist, dass kommunalpolitische Überlieferungen nur im kommunalen Kontext verständlich sind und deshalb am besten im Stadt- oder Kreisarchiv aufbewahrt werden sollten, in dem sich auch die anderen kommunalen Akten befinden. Die Archivierung aller grünen Kreisverbände würde das Grüne Gedächtnis ohnehin vor nicht zu bewältigende Aufgaben stellen. Es sind deshalb bislang nur einzelne kommunale Bestände ins Archiv übernommen worden.

Archivierung umfasst grundsätzlich – und ohne dass sich das Archiv Grünes Gedächtnis dabei von anderen Archiven unterscheidet – die folgenden sechs Tätigkeitsbereiche des aktiven Sammelns, der Bewertung hinsichtlich der historischen Bedeutung, der inhaltlichen Erschließung, der dauerhaften Bewahrung, des zur Verfügung Stellens sowie der Beförderung der inhaltlichen Beschäftigung mit dem vom Archiv bewahrten historischen Erbe durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Zeitzeugengespräche, Editionen und die Publikation eines Jahrbuchs.

5. Beständeübersicht

Die Ordnung der Bestände des Archivs Grünes Gedächtnis beruht auf dem Provenienzprinzip. Archivalien aus unterschiedlichen Provenienzen werden grundsätzlich niemals vermischt. Entgegen der weit verbreiteten Erwartung, die Archivar/innen hätten die Archivalien thematisch zu ordnen, ist es die Aufgabe der Nutzer/innen, gegebenenfalls eine Vielzahl von Archivbeständen zu konsultieren. Sie kommen nicht umhin, ihre thematische Frage anders zu formulieren und die möglichen Entstehungskontexte aufspüren. Eine rechtspolitische Problematik der letzten Jahre kann beispielsweise von den Bundestagsabgeordneten Jerzy Montag und Christian Ströbele aufge-

griffen worden sein, die oder der rechtspolitische Referent/in der Bundestagsfraktion hat das Thema möglicherweise ebenfalls bearbeitet und der entsprechende Arbeitskreis der Fraktion bestimmte Entscheidungen gefällt. Vielleicht hat auch eine Sitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht andere Vorstellungen als die Fraktion zu dem Thema entwickelt, wie dem aber auch sei, der Vorgang hätte in jeweils unterschiedlichen, wahrscheinlich mehreren Aktenführungen Niederschlag gefunden und damit in unterschiedlichen Provenienzen und Archivbeständen. Die Vielzahl der Bestände ist deshalb nicht allein Ausdruck der vielfältigen Materien, die das Archiv bewahrt, sondern nicht weniger Ausdruck der unterschiedlichen Sichtweisen und Interessenlagen, die in die Entscheidungsprozesse einer Partei oder einer Bundestagsfraktion eingeflossen sind. Darüber hinaus können sich persönliche und institutionelle Archivbestände sehr ähnlich sein, in den oben angenommenen Fällen der des Rechtspolitikers Jerzy Montag und der der rechtspolitischen Referentin oder des Referenten der Bundestagsfraktion. Persönliche Depositbestände von Politiker/innen, insbesondere von Bundestagsabgeordneten, sind häufig weniger persönlich, als Nutzer/innen des Archivs sich erhoffen. Sie haben die Tendenz, Büroablagen der Abgeordnetenbüros im Bundestag aus früherer Wahlperiode zu sein. Der biografisch umfassende Nachlass von Petra K. Kelly ist hier die große Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Die nachfolgende Beschreibung der Archivbestände macht den Versuch, ein realistischeres Bild zu zeichnen, als es die Angabe der Zahl der persönlichen Depositbestände, der Fraktions- und Parteibestände und ihrer Umfänge vermag.

Das Archiv verwahrt insgesamt ca. 290 Bestände mit einem Umfang von ca. 5.500 Regalmetern, davon sind ca. 170 personenbezogene Bestände, das heißt Depositbestände und Nachlässe von Politiker/innen, und ca. 120 institutionelle Bestände. Alle personenbezogenen Bestände zusammen haben einen Umfang von ca. 1.000 Regalmetern. Der größte und bedeutendste von ihnen ist der Nachlass von Petra Karin Kelly.⁴ Seinen Kern bildet die Ablage ihres Bundestagsbüros von 1983 bis 1990. Hinzu kommen Sondersammlungen zu Tibet und zu Krebserkrankungen bei Kindern. Ihr weltweites Engagement in der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung

⁴ Vgl. Robert Camp: Das Petra-Kelly-Archiv, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2008. Berlin 2007, S. 72-75.

seit den 1970er Jahren, ihre Spitzenkandidaturen für die Grünen bei der Europawahl 1979, bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 und bei der bayrischen Landtagswahl 1982 sind ebenso dokumentiert wie ihre Rolle als jeweils erste Sprecherin des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion. Im Nachlass sind Unterlagen zu ihren Reden und Auslandsreisen ebenso enthalten wie ihre zahllosen Briefe und eigenen Publikationen.

Bei der Hälfte der personenbezogenen Bestände handelt es sich um Bestände von Bundestagsabgeordneten, ferner um 18 Bestände von Europaabgeordneten, 15 Bestände von Landtagsabgeordneten und Landesvorstandsmitgliedern und 10 Bestände von Sprecher/innen der Bundesarbeitsgemeinschaften. Hinzu kommen Bestände von Mitgliedern des Bundesvorstands und ca. 35 weitere persönliche Bestände, die aus dem Rahmen fallen. Das macht sie interessant, weshalb ich einige nenne. Die schmale Dokumentenmappe, die Uwe Anders dem Archiv übergeben hat, wirft Licht auf den Zusammenhang, der zwischen den Umweltschützern, die 1972 in die Stadtverordnetenversammlung von Wilhelmshaven gewählt worden sind, und der fünf Jahre später gegründeten Umweltschutzpartei besteht. Bedeutend sind der Depositatbestand von Gerhard Bäcker, des Leiters der Pressestelle der Grünen Partei der DDR 1989/1990; der Nachlass von Rudolf Bahro; die Sammlung von Günter Bannas, Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die von der Gründung der Grünen in Karlsruhe über die Friedensbewegung in den 1980er Jahren bis zum Ende der rot-grünen Koalition 2005 reicht und zahllose Notizen und Notizblöcke zu politischen Veranstaltungen enthält, über die er berichtet hat; der Nachlass des Rechtsanwalts Hans Heinz Heldmann, der vor allem als Wahlverteidiger von Andreas Baader bekannt geworden ist, enthält unter anderem seine Prozessakten zum Schutz der Grube Messel, die heute zum Weltkulturerbe gehört, aber seinerzeit als Deponie für hessischen Industriemüll vorgesehen war, und seine Dokumentation zu Menschenrechtsverletzungen und damit zu Asylgründen zum Beispiel iranischer Frauen; der Nachlass von Frederic Vester, des Protagonisten für ökologisches und vernetztes Denken und für ein darauf basierendes sensibles Planungsmodell; der Nachlass von Jens Jeschke, selbst Mitglied des Neuen Forums und später Mitarbeiter der Bundestagsfraktion, enthält seine Materialsammlung zu den Bürgerbewegungen der DDR; die Filmregisseure Edith Marcello und David Wittenberg haben die Materialsammlungen zu ihren sozialdokumentarischen Filmen, mitunter zum Widerstand gegen den Bau einer Teststrecke von Daimler-Benz am Boxberg, übergeben; last but not least die Materialsammlungen der

Politikwissenschaftler Lutz Mez, Joachim Raschke und Charlene Spretnak, unter anderem mit Interviews mit Politiker/innen der Grünen, die sie für ihre Studien geführt haben und die einer Zweitauswertung harren.

Die Übersicht über die Aktenüberlieferung der Partei enthüllt erhebliche Unterschiede. Während auf der Bundesebene die Altakten des Bundesvorstands, der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion vollständig und regelmäßig archiviert werden können, gelingt dieses auf der Länderebene nur partiell. Das zeigen schon die Umfänge. Die Akten der Bundesgeschäftsstelle füllen ca. 450 Regalmeter, die der Bundestagsfraktion 650 Regalmeter. Die entsprechenden Zahlen für alle Landesverbände lauten 450 Regalmeter und für alle Landtagsfraktionen 150 Regalmeter. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Berlin sind am stärksten vertreten, Sachsen und Sachsen-Anhalt nur durch die Akten der Landtagsfraktionen, Brandenburg, Hamburg und Hessen nur durch die der Landesgeschäftsstellen; Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Bremen fehlen ganz. Die Bestandslücken können auch nicht durch persönliche Bestände von Landesvorstandsmitgliedern und Landtagsabgeordneten geschlossen werden. Sie ergänzen vielmehr vor allem dieselben Länder: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Gremien- und Parteitagsakten beziehungsweise die Beschlüsse der Fraktionen machen in der Regel den Kern der landespolitischen Überlieferungen aus.

Eine Besonderheit der Grünen ist die Einrichtung des Internationalen Solidaritätsfonds und der Ökofonds. Die Akten des Internationalen Solidaritätsfonds sind vollständig überliefert. Sie sind ein Spiegelbild der Dritte-Welt-Arbeit im Umfeld der Grünen. Von der Grünen Jugend sind bislang nur wenige Unterlagen archiviert worden.

An dieser Stelle müssen auch die Bestände der Bürgerbewegungen erwähnt werden. Es handelt sich hierbei um die Dokumentation der politischen Arbeit der Volkskammerfraktion von 1990, die anschließend im Haus der Demokratie aufgestellt war, und die Akten der zentralen Geschäftsstelle von „Demokratie Jetzt“. Schließlich sind zusammen mit den Akten des Berliner Büros des Bundesvorstands einzelne Akten, insbesondere Finanzunterlagen, der Initiative Frieden und Menschenrechte und von „Demokratie Jetzt“ sowie eine Dokumentation von Bündnis 90 an das Archiv gelangt. Unterlagen der Berliner Landesorganisationen der Bürgerbewegungen einschließlich der Grünen Partei in der DDR erreichten das Archiv da-

gegen über die Geschäftsstelle des bündnisgrünen Landesverbands. Diese Bestände sind jeweils nicht sehr umfangreich, aber substantiell wertvoll.

Die Archivalien der grünen Fraktionen im Europäischen Parlament wie auch die der deutschen Delegation sind seit der ersten Fraktion mit grüner Beteiligung im Jahr 1984 an das Archiv abgegeben worden. Archiviert sind die Akten des Generalsekretariats der Fraktion, die die Dokumentation der Fraktionssitzungen einschließt, und die von mehreren Fachreferaten. Die Fraktionssitzungen liegen außerdem als Tonmitschnitte vor. Die Brüsseler Fraktionsunterlagen bilden zusammen mit den 18 Depositbeständen, darunter auch einige von Abgeordneten anderer grüner Parteien, eine qualitativ wertvolle Überlieferung der Politik der Grünen im Europäischen Parlament. Die nicht-deutschen Abgeordneten sind der Finne Matti Wuori, die Irinnen Patricia McKenna und Nuala Ahern, der Niederländer Alexander de Roo, der Luxemburger Claude Turmes und die Französin Marie Anne Isler Béguin.

Die Ebene der Kreisverbände ist, wie schon erwähnt, kaum vertreten. Es handelt sich in der Regel um Überlieferungssplitter. Die einzigen Ausnahmen sind der Kreisverbände Aachen-Stadt und Köln. Eine gewisse Ersatzüberlieferung besteht durch die Akten der kommunalpolitischen Vereinigungen aus Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Der Umfang von allem zusammen beträgt ca. 30 lfm.

Die Geschichte der eigenen Stiftung ist dagegen umfangreich überliefert, und zwar konnten aus der Zeit vor der Stiftungsreform die Altakten aller drei Einzelstiftungen wie die des Stiftungsverbands Regenbogen gesichert werden. Ihr Umfang beläuft sich auf ca. 250 Regalmeter. Der Umfang der laufenden Stiftungsakten ist wesentlich größer, allerdings ist damit wenig ausgesagt, da ein Großteil nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen kassiert werden kann.

Der letzte Punkt in dieser Aufzählung betrifft die Archivalien von Initiativen der neuen sozialen Bewegungen. Die wichtigsten Bestände aus dem Spektrum der Frauenbewegung sind die Archivalien der Frauenaktion 70 und die Dokumentationen des Autonomen Frauenarchivs Wiesbaden.⁵ Weitere Bestände stammen aus dem Spektrum der Anti-Atom-Bewegung und der Dritte-Welt-Bewegung. Die Friedensbewegung ist unter anderem durch das

Netzwerk Friedenskooperative und das Netzwerk Friedenssteuer vertreten. Insgesamt handelt es sich um 16 Bestände mit einem Umfang von ca. 100 Regalmetern, von denen die Hälfte auf die Archivalien der Informationsstellen im Bonner Oscar-Romero-Haus zu El Salvador und Guatemala entfallen.

6. Bibliothek und Sammlungen

Das Archiv unterhält eine Präsenzbibliothek mit Veröffentlichungen zur Partei Bündnis 90/Die Grünen, zur Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung, zur Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt und zur Bürgerbewegung der DDR. Der Katalog kann über die Homepage des Archivs online aufgerufen werden. Die Einbindung des Katalogs in den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV) sowie in den Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) wird zurzeit vorbereitet. Die Bibliothek umfasst ca. 21.000 Einzeltitel und über 1.900 Zeitschriftenreihen. Hinzukommen die Nachlassbibliotheken von Petra Karin Kelly und Rudolf Bahro. Außerdem sind ca. 2.400 Einzelbeiträge in Zeitschriften und Sammelbänden gesondert katalogisiert worden.

Einen weiteren Schwerpunkt des Archivs machen die dokumentarischen Sammlungen aus. Im Einzelnen handelt es sich um Filme und Videos, Tondokumente, Fotos und Plakate, Falt- und Flugblätter, Pressespiegel, Internetseiten, Objekte und Transparente. Neben den persönlichen und institutionellen Archivbeständen, der Bibliothek und der Zeitschriftensammlung sind es vor allem die bildlichen Materialien, die intensiv nachgefragt werden, also Videos, Fotos und Plakate, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Die Film- und Videosammlung⁶ umfasst ca. 430 erfasste Filme und Videos, von denen die 75 Videos mit Wahlsports die größte Aufmerksamkeit seitens der Nutzer/innen des Archivs erfahren. Die Sammlung umfasst ferner 46 Aufzeichnungen von Parteitagen, 83 Dokumentarfilme und ca. 120 Mitschnitte von Fernsehsendungen, sei es von Veranstaltungen der Grünen,

⁵ Vgl. Steffi Rönnefarth: Von Bändern und Bits. Zur Ton- und Filmsammlung im Archiv Grünes Gedächtnis. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2007. Berlin 2006, S. 89f.

seien es Fernsehinterviews oder andere Veranstaltungen oder Talkshows mit grüner Beteiligung.

Die Zahl der verzeichneten Fotos⁷ beträgt ca. 4.000. Hierbei handelt es sich vor allem um Fotografien der Referate für Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsfraktion und der Bundesgeschäftsstelle sowie um Fotografien aus dem Nachlass von Petra Kelly. Zu diesen Fotografien liegen entsprechende Findbücher vor.

Die Plakatsammlung⁸ umfasst ca. 3.600 einzelne Plakate, von denen die Hälfte Wahlplakate sind. Grünen-typisch dürfte sein, dass von diesen Plakaten nur ca. 300 zugleich als Personenplakate verschlagwortet sind. Dagegen sind 700 Plakate umweltpolitische Themenplakate, ein Viertel von ihnen hat einen Bezug auf die Atomenergie. Weitere ca. 100 Plakate beziehen sich auf die Friedensbewegung und ca. 15% aller Plakate rekurren auf Veranstaltungen. Aus dem Gesagten dürfte ersichtlich sein, dass Plakate nicht nur eine Bildquelle sui generis sind, sondern zugleich ein integraler Bestandteil der archivischen Überlieferung darstellen. 114 Kunstplakate in der Sammlung fallen auf. Zum einen haben die Grünen wiederholt Künstler zur Gestaltung von Plakaten eingeladen, zum anderen handelt es sich um Plakate der Grafiker Manfred Butzmann und Wolfgang Janisch.

⁷ Vgl. Robert Camp: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Zur Fotosammlung im Archiv Grünes Gedächtnis. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2007. Berlin 2006, S. 86-88.

⁸ Vgl. Anne Vechtel: Die Plakatsammlung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2008. Berlin 2007, S. 76-82.



Fraktionsvorstand der grünen Bundestagsfraktion, v.l.: Christa Vennegerts, Helmut Lippelt, Regula Schmitt-Bott, 1988 (Rechte: WEREK Pressebildagentur)



Parteitag in Hamburg: Joschka Fischer, 1984



Demonstration für Abrüstung in Ost und West, Ostberlin Alexanderplatz, 1983



Plakat zur Europawahl, 1984



Plakat zur Landtagswahl, 1990



